

Die Posthistoire bleibt ein frommer Wunsch: Das Ende ist noch nicht nah

Ja, wir pflegen Effizienzdelirien. Und ja, Redundanz wäre gut. Doch hat dies hohe Kosten, die niemand bezahlen will (und auch nicht kann). Die politische Krise infolge der Corona-Pandemie wird nicht zu mehr, sondern zu weniger Resilienz führen. Eine Replik auf den Leitartikel von René Scheu.

Konrad Hummler

25.05.2020, 05.30 Uhr



Im neuen Normal trägt man vielerorts Maske. Doch die Vorsorge für die möglichen Ausnahmezustände ist eklatant teuer.

Joshua Roberts / Reuters

René Scheu, der grosse Optimist unter den Feuilletonisten, prophezeit das «Ende des Endes der Geschichte» nach der Corona-Krise und in diesem Zusammenhang die Erlangung einer «neuen Robustheit» in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Redundanz nicht als vorgestrige Idee von Hinterwäldlern, sondern als bewährtes Prinzip der Natur. Einen neuen Rationalitätsbegriff, der sich an der Überlebensfähigkeit orientiert – dies aufgrund der Einsicht, dass sich nicht alle Risiken versichern lassen, aufgrund der Erfahrung, dass man nun wieder mit der Fortsetzung der Geschichte rechnen muss.

Trefflich gedacht, doch vorschnell. Was heisst mehr Robustheit und mehr Redundanz in der Praxis? Es heisst: höhere Kosten. Sowohl beim Staat als auch in der Wirtschaft als auch bei den Individuen.

Es fehlen die Anreize

Beispiel: Masken. Niemand braucht sie im Normalfall, aber wenn es virologisch ernst wird, dann müssen sie gleich in mehrstelliger Millionenhöhe vorhanden sein. Denn wenn ein Zehnmillionenvolk im Durchschnitt pro Tag wenigstens eine davon haben sollte, und das für zwei, drei Monate, dann werden sich Berge stapeln. Landeseigene Produktionskapazitäten? Klar. Aber die Maschinen werden normalerweise stillstehen, weil die Masken aus China trotz allem billiger und vielleicht auch noch besser sein werden. Beatmungsgeräte? Gewiss, ein Mehrfaches des Normalbedarfs! Nur: das Bedienungspersonal ebenfalls in voller Redundanz? Was machen die armen Leute, wenn, wie es halt normal ist, nur relativ wenig Menschen beatmet werden müssen?

Höhere Kosten auch in der Wirtschaft. Doppelte oder dreifache Lieferketten wollen bewirtschaftet werden, der Preis kann dann nicht mehr das einzige Kriterium sein. Zusätzliche Lager: Sie bedeuten in erster Linie ein höheres Working-Capital, und Kapital kostet. Verzicht auf die Ausreizung der Globalisierung, indem man strategisch wichtige Produktionsvorgänge in die einzelnen Weltregionen verteilt – vorzügliche Idee! Aber die Optimierung der Personalkosten bleibt dann auf der Strecke.

Robustheit kostet. Als Entgelt dafür wäre man besser vor bestimmten Gefahren geschützt, könnte mithin sein Risiko besser bewirtschaften. Die Rechnung müsste also aufgehen, und René Scheu würde recht erhalten: die Corona-Krise als richtungsweisendes Mahnmal, das die Abwendung von der posthistorischen Oberflächlichkeit bewirkt.

Nur, die Anreize dazu fehlen leider. Denn soeben fand der grosse Bail-out, die ultimative Rettung von Wirtschaft und Individuen, auch von einzelnen besonders betroffenen Staaten, durch die Fiskal der Welt und die hinter ihnen stehenden Notenbanken statt. Es verging kein Tag in den letzten Wochen und Monaten, an dem nicht insgesamt riesige Geldbeträge ausgeschüttet oder versprochen worden wären. Von der Fluggesellschaft Swiss bis hin zu meiner sympathischen Coiffeuse: Alle wurden gerettet, allen wird geholfen.

Kann unter solchen Umständen ein echtes Risikobewusstsein entstehen? Wird auf diese Weise deutlich, dass man die Kosten für mehr Robustheit auf sich nehmen muss, weil es fürs Überleben notwendig ist? Hat so die ultimative Hinwendung zur Eigenverantwortlichkeit eine Chance? Leider nein. Schon bald wird man sich in der Wirtschaft wieder den so doofen Kennziffern von «Return on Equity» oder «Return on Investment», wohlverstanden ohne Inkludierung einer Risikokennziffer, zuwenden und darüber seinen Bonusanspruch steuern. Denn das Risiko kann man

ja externalisieren; wir alle, ja alle, sind nun ja zu «too important to fail» erklärt worden. Wer dennoch vorgesorgt und die Kosten dafür getragen hatte, ist nach der Corona-Krise eigentlich der Dumme.

Der nächste schwarz-weiße Schwan

Auch in der Politik wird man sich bald wieder «Wichtigerem» als der Redundanzbewirtschaftung zuwenden. René Scheu träumt von der «Überwindung der offenkundigen Dysfunktionalität» des Staates und der «Rückbesinnung auf Kernaufgaben». Ja, stimmt. Schön wär's. Doch die Peinlichkeiten der ungenügenden Krisenvorbereitungen werden schon heute durch staatsmännisches Gehabe angeblich Führungsstarker verwedelt; bald wird man sich wieder der Regulierung und Bedienung aller möglichen Mikrobedürfnisse annehmen, um seine Beliebtheit in der Wählerschaft zu sichern. Mit der Pflege von Überkapazitäten zu Vorsorgezwecken ist es in normalen Zeiten schwer, Staat zu machen.

Für das Ende des Endes der Geschichte ist es angesichts dieser totalen Risikoübernahme darum noch zu früh. Es wird sich erst einstellen, wenn einmal die Einsicht um sich greift, dass alle finanziellen Hilfestellungen und sämtliche Versprechungen für künftige Wohltaten im wahrsten Sinne des Wortes unfundiert waren. Ob ein 500 Milliarden Euro schwerer Hilfsfonds für Europa, ob die rund 100 Milliarden zusätzlichen Bundesmittel der Eidgenossenschaft – alle diese unglaublichen Beträge sind Wechsel auf eine unbekannte, ungewisse Zukunft. Sie wurden mit wenigen Federstrichen auf bereits vorhandene Schuldenberge aufgetürmt. Schuldenberge, die infolge buchhalterischer Tricks, indem man gewisse «implizite» Schulden und Garantien beim Staat nicht sauber verbuchen muss, kleiner aussehen, als sie wirklich sind.

Irgendwer, irgendeine Generation wird den Preis dafür einmal bezahlen müssen. Schulden kann man zurückzahlen, so man kann. Weil ein Steuerzahler vorhanden ist. Man kann Schulden auch streichen, zumal als Staat. Dann hat der Gläubiger halt falsch geglaubt. Man kann sie durch Geldentwertung minimisieren. Dann hat sich die Allgemeinheit in der Verlässlichkeit der Notenbank getäuscht.

Das pandemische Ereignis zur Erlangung dieses Zustands wäre eine Krise des Finanzsystems, ausgelöst durch den Verlust des Vertrauens in eine der Notenbanken, die zur Stützung der Schuldenwirtschaft mit laufenden Liquiditätszuschüssen die eigenen Fischen versorgen. Für jenes Risiko ist kein Bail-out mehr denkbar; es würde sich insofern um einen «schwarzen Schwan» gemäss Taleb handeln. Aber er wäre in gewissem Sinne auch weiss, weil er nämlich vorhersehbar ist.